

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern,

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe vom Juli 2007

Worte zum 1. August von Rolf B. Schudel, Präsident SVP International

Der 1. August 2007 ist ein besonderer Nationalfeiertag für uns. Die SVP International befindet sich mitten im Wahlkampf. Überall auf der Welt treten unsere Kandidaten für Ihre Gesinnung ein und sprechen sich für eine gesunde Zukunft der Schweiz aus.

Doch was bewegt einen Auslandschweizer dazu für den Nationalrat zu kandidieren?

Die Gründe sind vielfältig:

Heute leben ungefähr **660'000 Schweizer in der ganzen Welt**. Dies entspricht etwa der Einwohnerzahl eines grossen Schweizer Kantones! Es ist dringend an der Zeit, dass auch die Auslandschweizer im Parlament vertreten werden.

Wir alle sind in unseren Gastländern Ausländer! Wir wissen, was es heisst, sich integrieren zu müssen und sich an fremde Regeln halten zu müssen. Als Auslandschweizer weiss ich: Integration ist Sache der Einwanderer und nicht die Aufgabe des Gastlandes. Als Auslandschweizer weiss ich: wenn ich mich nicht an die Gesetze meines Gastlandes halte und kriminell werde, muss ich das Land verlassen.

Daher ist es dringend nötig, dass auch in der Schweiz die Ausschaffung krimineller Ausländer wieder konsequenter angewandt wird. Heute wird diese Massnahme viel zu lasch und von Kanton zu Kanton äussert unterschiedlich angewandt. Für die Sicherheit der Schweiz braucht es kla-

re Regeln wann es zu einer Ausschaffung kommen muss.

Darum unterstütze ich die Ausschaffungsinitiative der SVP und darum kandidiere ich als Auslandschweizer für den Nationalrat, um ebensolche Probleme mit meiner Erfahrung als Auslandschweizer angehen zu können.

Die Probleme der Schweiz gehen alle Schweizer an, egal ob diese in Bern oder in Johannesburg wohnen. Wir Schweizer müssen endlich wieder lernen zusammen zu stehen und stolz darauf zu sein, dass die Schweiz weltweit als Vorzeigeland gilt.

In der ganzen Welt kann man den grossen Respekt und die Bewunderung spüren für die Werte, die Erzeugnisse und die Schönheit der Schweiz. Dies ist jedoch nicht selbstverständlich: Es hat das Schweizer Volk viel Arbeit und Schweiß gekostet, dies zu erreichen. **Wir müssen immer wieder von neuem für den Erhalt unserer einzigartigen Werte kämpfen; in der Schweiz, aber auch im Ausland.**

Darum kandidiere ich als Auslandschweizer für den Nationalrat, um meine Erfahrungen und mein Engagement in den Dienst der Schweiz zu stellen.

Schweizer, wo immer ihr wohnt, seid stolz auf Euer Land, so wie ich es bin!

Ich wünsche Euch einen schönen und patriotischen 1. August 2007.

Herzlichst, Ihr Rolf B. Schudel

Für weniger Kriminalität: Ja zur Ausschaffungsinitiative

Die Kriminalität in der Schweiz wächst kontinuierlich. Parallel dazu nehmen die Jugendgewalt und Probleme an Schulen ständig zu. Oftmals reichen die gesetzlichen Grundlagen nicht aus, um die Täter hinreichend zu bestrafen. Das Jugendstrafrecht ist zu lasch. Die Gerichte sind zu tolerant. Und seit die Landesverweisung im Strafgesetzbuch gestrichen worden ist, wird es immer schwieriger, ausländische Übeltäter des Landes zu verweisen. Die Ausschaffungsinitiative der SVP schafft die nötigen Grundlagen, um die Täter angemessen zu bestrafen.

Donnerstag, 12. Juli: Ein 13-jähriger Türke bedroht eine 12-jährige Mitschülerin im Klassenlager mit einem Teppichmesser. Anderen Mädchen drohte er, sie zu ermorden und zu erwürgen. Der Schüler darf das Schulareal nicht mehr betreten. Die Jugendanwaltschaft ermittelt.

Freitag, 13. Juli: Das Strafgericht in Reinach BL verurteilt einen 33-jährigen Bosnier wegen Diebstahls, Hehlerei, Urkundenfälschung und weiteren Delikten zu 18 Monaten Gefängnis bedingt. Sein Kollege, ein 28-jähriger Serbe, entgeht aufgrund der unklaren Beweislage einer entsprechenden Verurteilung.

Samstag, 14. Juli: Am Samstagabend belästigt ein 18-jähriger Asylbewerber aus Sudan in einem Linienbus Fahrgäste und wird gegenüber dem Buschauffeur aggressiv. Bei der Kontrolle durch zwei Polizisten bespritzt er die Beamten mit Urin, den er in einer Bierflasche mitführt. Bei der Verhaftung schlägt er wild um sich und bricht einem Polizisten die Hand.

Solche Meldungen zeigen: Die Schweiz hat ein ernsthaftes Problem mit kriminellen Straftätern und öffentlich ausgetragener Gewalt. Namentlich

die Kriminalität unter Jugendlichen nimmt immer bedenklichere Formen an. Selbst die SP, welche diese Probleme jahrelang weggeredet und beschönigt hat, wird realistisch und fordert Massnahmen gegen Kriminalität und Jugendgewalt.

Klare gesetzliche Grundlagen schaffen

Die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer, welche die SVP vergangene Woche lanciert hat, schafft die nötigen Grundlagen, um diese Probleme zu bekämpfen. Mit der Revision des Strafgesetzbuchs wurde die Landesverweisung abgeschafft. Darum ist es heute sehr schwierig, einen Ausländer auszuweisen. Die im Ausländergesetz vorgesehenen Massnahmen erweisen sich als wenig griffig und geben den Behörden zudem einen grossen Spielraum. Die Praxis in den einzelnen Kantonen ist denn auch sehr unterschiedlich.

Die Ausschaffungsinitiative schafft hier die nötige Klarheit: Neu wird in der Bundesverfassung festgehalten, dass Ausländer in jedem Fall auszuweisen sind, wenn sie wegen eines Delikts verurteilt werden, das im besagten Verfassungsartikel aufgeführt ist. Zudem ist gegenüber diesen ausländischen Straftätern ein Einreiseverbot von 5-15 Jahren zu verhängen. Die Behörden haben diesbezüglich keinen Ermessensspielraum mehr: Die Ausweisung muss zwingend vollzogen werden. Der laschen Rechtsprechung wird damit ein Riegel geschoben. Und mit der Ausweisung krimineller Ausländer kann die öffentliche Sicherheit in unserem Land wieder gewährleistet werden.

Auch Minderjährige müssen ausgewiesen werden

Die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer schränkt den Kreis der Betroffenen bewusst nicht ein und wendet sich an alle Ausländer -

unabhängig von deren Alter. Bereits heute ist es laut Ausländergesetz möglich, Jugendliche ab 15 Jahren in Ausschaffungshaft bzw. in Durchsetzungshaft zu nehmen und auch auszuweisen.

Angesichts der steigenden Jugendkriminalität scheinen solche Massnahmen dringender denn je: Gewalt an Schulen und Kriminalität unter Jugendlichen dürfen nicht geduldet werden. Um Sicherheit und Ordnung gewährleisten zu können, muss es möglich sein, unbelehrbare jugendliche Übeltäter des Landes zu verweisen - allenfalls auch zusammen mit ihren Eltern, welche letztlich die Verantwortung für ihre Kinder tragen müssen.

Mit „Sippenhaftung“, wie bisweilen angeführt wird, hat dies nichts zu tun: Im Zentrum steht die elterliche Verantwortung. Und dieser Grundsatz gilt für Schweizer wie für Ausländer: Eltern sind verantwortlich für das Handeln und Benehmen ihrer Kinder. Und wenn diese delinquieren oder randalieren, sind die Eltern – mit allen Konsequenzen – zur Verantwortung zu ziehen. Dass dies nötigenfalls bis zur Ausweisung führen muss, ist lediglich eine Frage der Konsequenz.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP
Vorstandsmitglied SVP International

Ist die Schweiz zu tolerant mit Ausländern?

Referat von Rolf Schudel, Präsident SVP International, an der Delegiertenversammlung der SVP vom 30. Juni 2007 in Liestal

„Geschätzte Damen und Herren, ich stehe vor Ihnen als Ausländer. Denn ich wohne, lebe und arbeite seit bald 40 Jahren in Afrika.

Bedingungen für Ausländer in Südafrika

Südafrika, das allgemein als Dritte Welt bezeichnet wird, hat sehr strenge und im Grunde genommen einfache Gesetze bezüglich Einwanderung und Arbeitsbewilligungen.

In Südafrika werden **keine** Bewilligungen ausgestellt für Arbeiten, die dem Land nichts bringen oder von eigenen Leuten erledigt werden können.

Eine Einreise ohne Papiere oder ohne Bewilligung ist ein riskantes Unterfangen. Denn die Gesetze sind klar: wer ohne Aufenthaltsbewilligung erwischt wird, wird bestraft und zwar mit Gefängnis. Während der Untersuchungshaft muss mit extrem harten Verhältnissen gerechnet werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Untersuchungshäftling reich oder arm ist. Die Zustände sind tatsächlich grauenhaft. Die Gesetzgebung verweist jedoch darauf, dass diese Zustände allen bekannt sind, und es liegt am einzelnen, sich dem Gesetz anzupassen. Die herrschenden Regeln gelten für alle.

Ich möchte hier auch klar zum Ausdruck bringen, dass die Ausschaffungskosten zu Lasten des Verurteilten gehen. In anderen Worten, wer die Kosten nicht selber bezahlen kann, muss sie im Arbeitslager abverdienen. Und zwar zum vom Lager vorgeschriebenen Tarif.

Es sind einfache Gesetze, die alle Akteure kennen. Die Gerichte setzen die Gesetze um und zwar im Sinne der Gesetzgebung und im Interesse des Landes.

Bedingungen für Ausländer in der Schweiz

Auch die Schweiz hat ihre Gesetze, sicher die humaneren. Aber unsere Richter haben sich in eine eigene richterliche Welt versetzt. Da geht es nicht mehr um die Gesetzgebung, die vom Volk bestimmt wird, sondern man spielt

die Rolle der Prima Donna und ändert die Gesetze nach eigenem politischem Gusto. Dies zeigte sich leider in letzter Zeit oft, sowohl bei der Asylrekurskommission als auch beim Bundesgericht.

Das hat sich herumgesprochen, bis in den hintersten Zipfel im afrikanischen Busch. **Jeglicher Aufenthalt in der Schweiz, sogar im Untergrund oder in Untersuchungshaft, ist 100mal angenehmer als im eigenen Land einer ehrlichen Beschäftigung nachzugehen.**

Als Auslandschweizer weiss ich, dass ich mich in meinem Gastland anpassen muss. Ich weiss, dass ich mich um die Einhaltung der dort herrschende Gesetze, um den Erwerb der Landessprache und um das Wissen um Gepflogenheiten und Kultur im Gastland selber kümmern muss. Es liegt an mir, mich um meine Integration zu kümmern, aus welchem Grund auch immer ich ausgewandert bin.

Dies muss auch in der Schweiz den Einwanderern bewusst gemacht werden. Sie sind es, die in der Schweiz ein neues Leben beginnen möchten und die die Wahl getroffen haben, hier zu leben. Und sie sind es auch, die für ihre Integration sorgen müssen. Wir können ihnen lediglich dabei helfen, aber **die Motivation und die Verantwortung für die Integration müssen bei den Ausländern liegen.**

Auch die Religionsfreiheit ist im Ausland oft ein Thema. Hier in der Schweiz haben wir im Gegensatz zu vielen islamischen Staaten Religionsfreiheit.

Die schweizerische Gesellschaft und ihre Werte basieren jedoch auf dem über Jahrhunderte gepflegten christlichen Glauben und der christlich-abendländischen Kultur. **Diese traditionellen Werte müssen von Ausländern geachtet und respektiert werden. Wer damit Mühe hat, muss gehen.**

Das Problem des Sozialmissbrauches in der Schweiz

Bei den Sozialleistungen ist die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern besonders „übertolerant“. Unsere Sozialwerke sind relativ jung, sie wurden erst im verlaufe des 20. Jahrhunderts geschaffen. **Geschaffen von einfachen Schweizern, um Miteidgenossen in Not zu helfen.** Diese Werke würden heute noch zur Genüge funktionieren, würden sie nicht schamlos von Scheininvaliden und skrupellosen Ausländern missbraucht. Ich denke dabei an kosovarische Dörfer, die gänzlich von unseren Sozialleistungen leben.

Ich kann nicht verstehen, warum bei der Sozialhilfe nicht, wie bei der AHV, ein System angewendet wird, bei welchem es nötig ist, eine gewisse Anzahl Jahre einbezahlt zu haben.

Dem Sozialmissbrauch muss viel mehr entgegengesetzt werden. Die einzige Methode ist Kontrolle im Inland und im Ausland. Wer abzockt, wird für immer von der Empfängerliste gestrichen und muss unser Land verlassen.

Ist die Schweiz zu tolerant mit Ausländern? Als jemand der die Ausländerpolitik anderer Länder aus eigener Erfahrung kennt, kann ich Ihnen diese Frage klar mit JA beantworten. Denn Toleranz hat ihre Grenzen dort, wo die eigenen Regeln und Gebräuche in Frage gestellt werden. Hoffentlich merken wir Schweizer dies, bevor es zu spät ist!“

EU: Endlich anständige Gegenleistungen!

Die Verhandlungen mit der EU über die beiden neu der EU beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien treten in die entscheidende Phase.

Die zwei Forderungen der EU

Erstens will die EU dass die Personenfreizügigkeit auch auf Rumänien und Bulgarien ausgeweitet wird (freie Einwanderung aus diesen Staaten in die Schweiz und umgekehrt). Und zweitens will die EU, dass die Schweiz an die „Aufbauhilfe“ dieser zwei Länder rund 350 Mio. Franken bezahlen soll (dieser Betrag ist aus Brüssel durchgesickert).

Referendum bei der Personenfreizügigkeit

Gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit ist das Referendum möglich. Wenn 50'000 Unterschriften zustande kommen, wird das Schweizer Volk darüber abstimmen können. Anders ist es mit allfälligen 350 Millionen: Indem das Schweizer Volk letztes Jahr an der Urne Ja zur „Ostmilliarde“ gesagt hat, hat es Bundesbern (leider) auch gleichzeitig freie Hand gegeben, künftige für die Osthilfe beliebige zusätzliche Gelder zu bewilligen.

Keine Zahlungen ohne echte Gegenleistung

Oft wird behauptet, die Schweiz picke gegenüber der EU Rosinen. Das Gegenteil ist wahr. Wir schlucken eine Kröte nach der anderen. Einmal mehr droht nun das Desaster, dass die Schweiz die Wünsche der EU erfüllt, ohne die eigenen Interessen wahrzunehmen. Bundesbern will offenbar nicht nur der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien zustimmen, sondern man will auch willfährig bezahlen. Es spricht Bände, dass bisher die Verantwortlichen – wie übrigens auch unsere Medien – noch nie

auch nur die Forderung erhoben haben, wir müssten für die Hunderten von Millionen eine echte Gegenleistung verlangen.

Mindestens drei Gegenforderungen

Die Schweiz muss endlich lernen, auch die eigenen Interessen durchzusetzen, wenn die EU etwas von uns will. Das bedeutet unter anderem:

- Die EU setzt uns unter Druck, das Steuersystem der EU anzupassen. Wir müssen ihr klipp und klar mitteilen: Verhandlungen über Leistungen der Schweiz kommen nur noch in Frage, wenn die EU unsere Steuerhoheit voll und ganz akzeptiert, wie dies unter unabhängigen Staaten eigentlich selbstverständlich sein sollte.
- Die Schweiz kann eine Verbesserung des Luftfahrtabkommens fordern. „Anflug auf Schweizer Flughäfen wie früher“ würde bedeuten, dass der Nordanflug auf den Flughafen Kloten wieder möglich würde. Es ist untragbar, dass bei uns Hunderttausende wegen der Haltung eines EU-Mitglieds (Deutschland) unter Fluglärm zu leiden haben.
- Dringend nötig wäre auch, beim Landverkehrsabkommen von der EU Nachbesserungen zu fordern. Die Schweiz hat bei den 40-Tonnen-Lastwagen einen miserablen Vertrag ausgehandelt, der uns extrem hohe Kosten und unlösbare Verkehrsprobleme aufbürdet, wenn es uns nicht gelingt, Verbesserungen auszuhandeln.

Wenn wir uns auf dem internationalen Parkett nicht endlich besser zur Wehr setzen, vor allem gegenüber der EU, so bedeutet dies das Ende unseres Wohlstands.

Luzi Stamm, Nationalrat

Vorstandsmitglied SVP International

Gegen ungebetene „Gäste“ und für echte Entwicklungshilfe

Beruflich und privat kenne ich 28 Länder, vorwiegend Osteuropa, Afrika und Südostasien. Wohnen tue ich in Vietnam, das ich schon seit dem Vietnamkrieg kenne. In Vietnam fühle ich mich sicher und respektiert. Weil ich mich als Gast benehme, die Sprache erlernte und viele Freunde im politischen und täglichen Leben habe. Also kein Kulturschock.

Einen immer gewaltigeren Kulturschock bekomme ich jedoch bei Besuchen in meinem eigenen Heimatland, der Schweiz. Der latente Rassismus! Nicht gegen die „Gäste“, sondern gegen die eigene Schweizer Bevölkerung! Des Gastlandes unwürdige Ausländer dürfen uns Einheimische - auch Polizisten im Dienst - beschimpfen, bespucken, attackieren, Fahrgäste in öffentlichen Verkehrsmitteln anpöbeln und gratis fahren... Vom Drogendealen – oft unter den Augen der ohnmächtigen Polizei - und Menschenhandel schon gar nicht mehr zu reden. Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die gleiches tun – auch wenn Sie sich nur gegen verbale Übergriffe zur Wehr setzen - werden dagegen von Amtes wegen verfolgt.

Nicht nur ältere Personen, auch immer mehr Schweizer Jugendliche (!) trauen sich nachts nicht mehr alleine auf die Strasse. Die unerwünschten „Gäste“ werden von unseren Sozialämtern mehr hofiert als die eigene Bevölkerung. Schweizer die 44 Jahre AHV-Prämien bezahlt haben, bekommen eine mickrige Rente deren Höchstbetrag nicht einmal die Hälfte der Kosten eines „Gast-Delinquenten“ deckt!

(Echte) Flüchtlinge trifft man nur selten. Sie integrieren sich rasch, sind bescheiden und setzen alles daran, in der Schweiz eine neue, selbstständige Existenz aufzubauen. Sie kooperieren daher mit den Behörden und machen keine Mätzchen wie Identitätsverwei-

gerung oder „Passport - fressen“ bei der Ankunft am Flughafen.

Diesem Missbrauch einen Riegel zu schieben, das ist ein Grund, weshalb ich die SVP unterstütze.

Die Ausschaffung krimineller Ausländer ist eine ganz normale Massnahme. Die Ursprungsländer würden dies bei solchen „Gästen“ auch tun – nur unzimperlicher! Im Ferienparadies Thailand reicht bereits Mittellosigkeit für Ausschaffung – oft zuvor noch verbunden mit Misshandlungen und Knast. Ganz zu schweigen von der Region Kosovo oder afrikanischen Ländern.

Der zweite Grund für mich, SVP zu wählen ist: ich möchte mich für grosszügige, aber **zielgerechte und kontrollierte Entwicklungshilfe einsetzen – anstatt verantwortungslos Geld verteilen, wie es das offenbar völlig ausser Kontrolle geratene DEZA tut.** In Vietnam – einem der Schwerpunktländer des DEZA – werden Millionen verschleudert, ohne dass nur ein einziger Vietnameser ein Reiskorn mehr in der Schale hat. Dafür räkeln sich Projektleiter in teuren Villen, haben Bedienstete und werden in teuren Autos von ihrem Privatchauffeur herumgefahren. Vietnam braucht Entwicklungshilfe. Die Mehrheit der Vietnamesen ist arm, aber fleissig und intelligent. Gezielte und sorgfältig kontrollierte Hilfe vor Ort schafft mit kleinsten Beträgen Wunder und trägt zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei. Das DEZA hat jedoch eine Eigen-dynamik entwickelt, die sich der Kontrolle der jeweiligen Departementsvorsteher mangels Sachkenntnis völlig entzieht.

Die SVP ist die einzige Partei, die das seltsame Gebaren des DEZA hinterfragt. Entwicklungshilfe ist eine Visitenkarte der Schweiz – setzen wir sie richtig ein.

Urs C. Grassi, Vietnam

Nationalratskandidat

Liste SVP International, Kt. Zürich

Einwanderungspolitik: Email aus Australien

Die Tatsache, dass Sydney andere Kulturen nicht beleidigen wollte durch das Aufhängen von Weihnachtsbeleuchtung in den Strassen, und dass die Behörden in Südaustralien ihre Vorschriften geändert und einer Muslimin erlaubt haben, für ihren Fahrausweis ein Foto mit verschleiertem Gesicht zu benutzen, veranlasste eine australische Zeitung, folgenden Leserbrief eines Bürgers zu veröffentlichen, der gut auch auf die Schweiz anwendbar wäre.

Zitat:

EINWANDERER UND NICHT DIE AUSTRALIER SOLLEN SICH ANPASSEN!

Take It Or Leave It !

Ich bin es leid, zu erleben, wie diese Nation sich Gedanken macht darüber, ob wir irgendein Individuum oder seine Kultur beleidigen könnten. Seit den Terroranschlägen in Bali haben wir bei der Mehrheit der Australier eine grosse Welle von Patriotismus erfahren.

Aber der Staub der Angriffe hat sich kaum gesetzt, werden bereits Stimmen 'politisch korrekter' Kreise laut, die befürchten, unser Patriotismus könnte andere beleidigen. Versteht das bitte nicht falsch, ich bin keineswegs gegen Einwanderung; die meisten von uns kamen nach Australien, weil sie sich hier ein besseres Leben erhofften.

Es gibt aber ein paar Dinge, die sich Neuankömmlinge, und offenbar auch hier Geborene, unbedingt hinter die Ohren schreiben sollten.

Die Idee von Australien als multikultureller Gemeinschaft hat bisher nur eine ziemliche Verwässerung unserer Souveränität und unserer nationalen Identität geführt.

Als Australier haben wir unsere eigene Kultur, unsere eigene Gesellschaftsordnung, unsere eigene Sprache und unseren eigenen Lebensstil. Diese Kultur hat sich während zweier Jahrhunderte entwickelt aus Kämpfen, Versuchen und Siegen von Millionen Männern und Frauen, die Freiheit suchten.

Wir sprechen hier ENGLISCH, nicht Spanisch, Libanesisch, Arabisch, Chinesisch, Japanisch, Russisch, oder irgendeine andere Sprache. Wenn Sie also Teil unserer Gesellschaft werden wollen, dann lernen Sie gefälligst die Sprache!

"In God We Trust" (bei uns "im Namen Gottes") ist unser nationales Motto. Das ist nicht irgendein politischer Slogan des rechten Flügels.

Wir haben dieses Motto angenommen, weil christliche Männer und Frauen diesen Staat nach christlichen Prinzipien gegründet haben, und es steht so in unserer Verfassung. Es ist also auch nicht abwegig, dies an den Wänden unserer Schulen zu manifestieren. Wenn Sie sich durch Gott beleidigt fühlen, dann schlage ich vor, Sie wählen einen anderen Ort auf der Welt als Ihren neuen Wohnsitz, denn Gott ist nun mal Teil unserer Kultur.

Wenn Sie das Kreuz des Südens empört, oder wenn Ihnen "A Fair Go" (Buch "Eine Chance für alle" von John Curtin, einem ehem. Premier Australiens) nicht gefällt, dann sollten Sie ernsthaft erwägen, in einen anderen Teil dieses Planeten zu ziehen. Wir sind hier glücklich und zufrieden mit unserer Kultur und haben nicht den geringsten Wunsch, uns gross zu verändern; und es ist uns auch völlig egal, wie die Dinge dort liefen, wo Sie herkamen.

Dies ist UNSER STAAT, UNSER LAND, und UNSERE LEBENSART, und wir gönnen Ihnen gerne jede Möglichkeit, dies alles mit uns zu geniessen.

Aber wenn Sie nichts anderes tun als reklamieren, stöhnen und schimpfen über unsere Fahne, unser Gelöbnis, unser nationales Motto oder unseren Lebensstil, dann möchte ich Sie ganz dringend ermutigen, von einer anderen, grossartigen australischen Freiheit Gebrauch zu machen, nämlich vom "RECHT UNS ZU VERLASSEN, WENN ES IHNEN NICHT PASST!"

Wenn Sie hier nicht glücklich sind, so wie es ist, dann hauen Sie ab! Wir haben Sie nicht gezwungen, herzukommen. Sie haben uns darum gebeten, hier bleiben zu dürfen. Also akzeptieren Sie gefälligst das Land, das SIE akzeptiert hat.

Eigentlich ganz einfach, wenn Sie darüber nachdenken, oder?

(Ende Zitat)

Angriffe auf Bundesrat Blocher in der Schweizer Revue

Auf die Angriffe auf Bundesrat Blocher in der Schweizer Revue wollte ich eigentlich nicht reagieren. Doch als in der Ausgabe 3/2007 erneut ein Leserbrief erschien, in dem BR Blocher auf üble Weise angegriffen wird, war das Fass mehr als voll.

Was war geschehen?

In der Ausgabe 6/2006 wurde über „Das Jahr 2006 im Rückblick“ berichtet. Unter anderem über die Fehlritte von BR Blocher. Er sorge immer wieder für Unruhe. Seine sprachlichen Fehlleistungen wären dem Volk nicht verborgen geblieben. In Ankara hatte er die schweizerische Antirassismus-Strafform kritisiert. Ebenso habe er umstrittene Aussagen zur Entwicklungshilfe für Afrika gemacht. In der gleichen Ausgabe wurde ein Leserbrief eines Herrn A. Brandenbergers, Delts BC, Canada, veröffentlicht. Darin bejubelt er die CVP und wünscht BR Blocher, dass es ihm gleich ergehen solle wie Ex-Bundesrätin Metzler. Er hoffe, dass es dem neuen CVP-Präsidenten gelingen werde, die FDP auf seine Seite zu bringen und so BR Blocher abzuwählen. Des weitern habe Herr Blocher nicht das Format für die Landesregierung.

Die kritischen Äusserungen von BR Blocher, zu unserem Rassismusgesetz, haben endlich einen Stein ins Rollen gebracht. Bekannt ist, dass der Vorsteher des Antirassismus Büros, Herr Prof. Kreis derart von Arbeit überhäuft ist, dass er im Land herumreisen muss, um sich die „Fälle“ zusammenzusuchen. Dem Schweizer Stimmvolk wurde vor der betreffenden Abstimmung versprochen, dass im Wirtshaus weiterhin diskutiert werden darf. Auch über Ausländer! Doch Herr Kreis hat da etwas dagegen. Erzählen Sie in der Beiz einen Witz und eine Person am Nebentisch fühlt sich dadurch betroffen, so kann diese Sie wegen rassistischer Äusse-

rungen einklagen. Kommt mir irgendwie bekannt vor. Ich weiss nicht welchem Jahrgang Herr Brandenberger und die Redaktionsmitglieder der Schweizer Revue angehören. Während dem Krieg war ein Plakat (schwarz/weiss) ausgehängt: Darauf abgebildet war ein Mann mit Hut und eingezogenem Kopf, vorsichtig rückwärts schauend, den Mantelkragen aufgestellt, die Hand vor dem Mund. Auf dem Plakat stand „Vorsicht Feind hört mit“. Ein schaurig düsteres, für mich damals als kleiner Bub, sehr eindrückliches Plakat.

So weit sind wir also. Wir un-freien Schweizer.

Die Qualifikation über Herrn Blocher, er habe nicht das Formt für die Landesregierung wirft die Frage auf; was ist mit den anderen sechs Mitgliedern des Bundesrates? Die Aussage entbehrt jeder Grundlage.

Wohlthuend war, dass in Ausgabe 2/2007 zwei Leserbriefe für Herrn Blocher zu lesen waren. Das wiederum war Herrn Brandenberger jedoch ein Dorn im Auge. In der nächsten Ausgabe bezichtigte er den Chefredaktor als Anhänger von BR Blocher, der sich neutraler verhalten solle. Denkt man an den erwähnten Beitrag „Das Jahr 2006 im Rückblick“ erkennt wie falsch diese Aussage ist. Die Redaktion der Schweizer Revue ist mit Bestimmtheit kein Freund der SVP und kann schon gar nicht als Anhänger von Herrn Blocher bezeichnet werden.

Es ist bezeichnend, wie einerseits gegen BR Blocher und damit auch gegen die SVP geschossen wird, was die Rohre hergeben. Andererseits aber wird versucht die Haltung und Einstellung der Schweizer Revue lügen zu strafen. Warum diese Haltung?

Das Magazin ist in der Auslandschweizer-Organisation (ASO) integriert, welche vom Aussendepartement finanziert wird. So kann man verstehen woher der Wind weht und wessen Politik zu vertreten ist. Die ASO schadet sich selber wenn sie derart falsch spielt. Denn nicht alle Auslandschweizer sind auf der lin-

ken Seite. Wie kann die ASO für Öffnung der Schweiz eintreten, wenn sie selber nicht offen ist für Meinungen anderer Parteien?

Edgar Studer, England
Nationalratskandidat
Liste SVP International, Kt. Schaffhausen

VARIA:

Generalversammlung

Wie bereits im letzten Newsletter angekündigt hält die SVP International ihre Generalversammlung während des Auslandschweizerkongresses, der vom 17.-19.8.2007 in Genf stattfindet, ab. Der Termin für die GV wurde auf **Freitag, 17. August 2007** festgesetzt. Die persönliche Einladung haben Sie

bereits erhalten oder liegt dem Newsletter bei.

Weitere Informationen zum Auslandschweizer-Kongress finden Sie auf der Website der Auslandschweizer-Organisation (ASO):

<http://www.aso.ch/deutsch/610.htm>

Neuerungen auf www.svp-international.ch:

In den nächsten Tagen werden wir auf unserer Webseite eine Unterrubrik „**Wahlen 2007**“ erstellen, auf welcher wir die Kandidaten der Auslandschweizerlisten der SVP präsentieren werden.

Um Vorschläge und Ideen bezüglich der Website, dem Newsletter oder der Aktivitäten von SVP International sind wir jederzeit dankbar.